



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2006

**Massnahmen gegen Rechtsextremismus in der Schweiz: erweitertes
Instrumentarium, aber noch wenig Kontinuität**

Widmer, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-170312>

Scientific Publication in Electronic Form

Published Version

Originally published at:

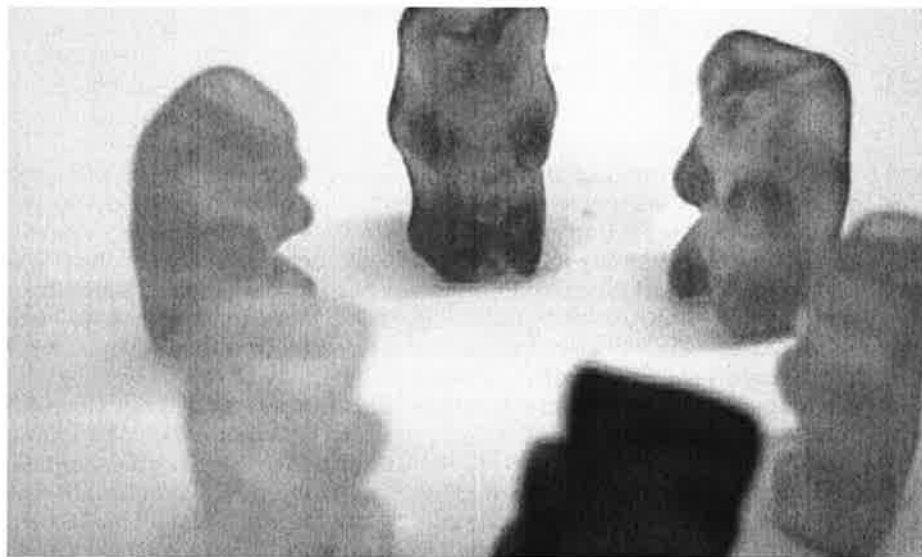
Widmer, Thomas (2006). Massnahmen gegen Rechtsextremismus in der Schweiz: erweitertes Instrumentarium, aber noch wenig Kontinuität. Bern: Schweizerischer Nationalfonds.



Aus den Projekten

Erste Zwischenergebnisse

Halbzeit beim NFP 40+. Nach zwei Jahren können einige Projektleiter ihre Zwischen- und Endergebnisse in diesem Newsletter vorstellen. Das Forschungsprogramm mit den 13 Forschungsprojekten läuft noch bis Ende 2007.



Modul Evaluation von Massnahmen

Massnahmen gegen Rechtsextremismus in der Schweiz: erweitertes Instrumentarium, aber noch wenig Kontinuität

von Thomas Widmer, Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

In der Schweiz haben politische Massnahmen gegen Rechtsextremismus keine lange Tradition. Eingegriffen wird traditionellerweise erst, wenn rechtsextreme Aktionen unmittelbar die öffentliche Ordnung gefährden. In den letzten Jahren hat sich auf politischer Ebene jedoch einiges geändert. Die Bekämpfung des Rassismus – eine der Kernkomponenten des Rechtsextremismus – wird heute ebenso als staatliche Aufgabe angesehen wie die verstärkte Prävention und Sensibilisierung gegenüber Rassismus, Diskriminierung und Gewalt. Und seit den Ereignissen im Sommer 2000, als etwa hundert Rechtsextreme auf dem Rütli Bundesrat Villigers Rede zum 1. August massiv störten, setzte sich weitgehend die Überzeugung durch, dass der Rechtsextremismus auch in der Schweiz wieder zunehmend ein Problem darstellt.

In der Praxis gestaltet sich die Umsetzung von Massnahmen gegen Rechtsextremismus jedoch oft als schwierig. Denn um Rassismus und rechtsextreme Strömungen in der Gesellschaft an ihren Wurzeln bekämpfen zu können, braucht es mehr als eine punktuelle Verordnung von staatlichen Massnahmen. Ein wirksamer Einsatz gegen Rechtsextremismus, der alle gesellschaftlichen Kreise erreicht, zeigt sich erst in der kontinuierlichen, klaren und konsequenten Ablehnung jeglicher Form der Diskriminierung – was durch staatliche Programme allein nicht zu gewährleisten ist. Hier knüpft eine Vielzahl von Einzelprojekten an, die sich in Schulen, Gemeinden, Quartieren, Vereinen oder in Unternehmen den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Gewalt und Diskriminierung annehmen. Sie richten sich typischerweise an ein überschaubares, einigermaßen klar abgrenzbares Anwendungsfeld und können

deshalb auf spezifische Probleme abgestimmt werden.

Die einzelnen Projekte werden getragen durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie Amtsstellen, Schulen, Nichtregierungsorganisationen, Jugendgruppen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Hilfswerke, Kirchen, Quartiervereine oder Ausländerorganisationen. Oft beteiligen sich verschiedene Organisationen gemeinsam an der Finanzierung eines Projekts. Das im Rahmen des NFP40+ durchgeführte Forschungsprojekt «Massnahmen gegen Rechtsextremismus in der Schweiz: Auf der Suche nach den wirksamsten Massnahmen» inventarisierte solche Projekte und andere Massnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Gewalt. Die Gesamtschau zeigt, dass sich seit dem Jahr 2000 vor allem die Aktivitäten intensivierten, die eine möglichst frühzeitige Prävention von intoleranten und antidemokratischen Haltungen zum Ziel haben. Bei dieser aktiven Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit kommt den Schulen eine zentrale Bedeutung zu. Eine wichtige Anstossfinanzierung für viele dieser Projekte leistete zwischen 2000 und 2005 der Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte des Bundes.

Kontinuität in der Intervention nötig

Wenn Massnahmen gegen Rechtsextremismus aber nicht bloss das Wissen über die Problematik erweitern, sondern sich effektiv auf das alltägliche Denken und Verhalten der Menschen auswirken sollen, ist eine wiederkehrende und regelmässige Auseinandersetzung unabdingbar. Erste Ergebnisse aus unserem Forschungsprojekt zeigen allerdings, dass Massnahmen gegen Rechtsextremismus oft zeitlich eng begrenzt sind und eine längerfristige Institutionalisierung fehlt. Für die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen, die über kurzfristig angelegte Einzelaktionen und Projekte hinausgehen, fehlt oft die Kontinuität der Intervention. Hinsichtlich der Dauerhaftigkeit fraglich sind vor allem rein reaktive Massnahmen, die aufgrund aktueller rechtsextremer Vorkommnisse ergriffen werden. So macht es wenig Sinn, wenn sich ein Gemeinderat nach dem Aufmarsch einer Gruppe von Rechtsextremen auf die öffentliche Verurteilung der Vorkommnisse beschränkt oder wenn aus aktuellem Anlass eine Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsextremismus veranstaltet wird. Solche Massnahmen können zwar Betroffenheit schaffen. Ziel muss es aber sein, rechts-



extremem Gedankengut sowie intolerantem und gewalttätigem Verhalten ein aktives und beständiges Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten entgegensetzen.

Einen wichtigen Beitrag gegen Rechtsextremismus leisten deshalb spezialisierte Organisationen wie ACOR SOS Racisme in Lausanne oder das ggg-

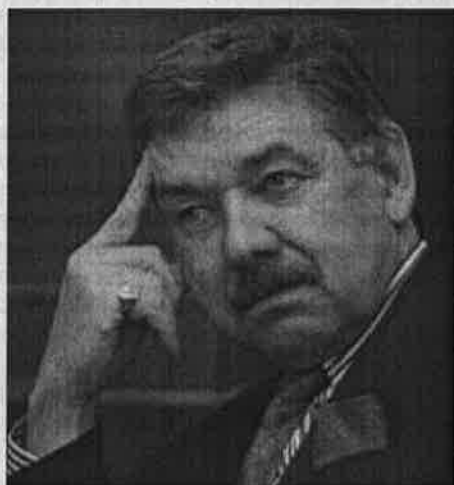
fon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus in den Regionen Bern und Burgdorf, die mit einem permanenten Beratungsangebot direkt Betroffenen Hilfe anbieten und mit ideenreichen Aktionen immer wieder auf die alltägliche Problematik des Rassismus und des Rechtsextremismus aufmerksam machen. Diese Beispiele verdeutlichen aber auch, dass Massnahmen gegen

Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus noch immer eine zeitlich wie geographisch beschränkte Reichweite haben. Ein umfassender und kontinuierlicher Ansatz fehlt bis heute.

Weitere Informationen unter:

thow@pwi.unizh.ch
www.nfp40plus.ch/topic4361/
story9105.html

Nachgefragt bei Jörg Schild



Jörg Schild, Regierungsrat, Vorsteher des Sicherheitsdepartements Basel-Stadt und designierter Präsident von Swiss Olympic

Der rechtsextreme Aufmarsch am 1. August auf dem Rütli und das Treffen von 300 Neonazis im Wallis im September sorgten für ein grosses Medienecho. Wie reagieren Sie persönlich auf solche Vorkommnisse?

Mit Bestürzung und auch Wut. Es sollte doch möglich sein, das Fest zum «Geburtstag» unseres Staates in einem würdigen und angemessenen Rahmen zu begehen. Gefordert sind hier aber auch die Medien. Wenn jedes Jahr noch reisserischer über den «braunen Aufmarsch» berichtet wird, wird es für diese Art Leute noch attraktiver, das Rütli als Podium zu nutzen.

Auch im Kanton Basel-Stadt kam es in den vergangenen Jahren zu rechtsextremen Vorfällen. Welche Massnahmen haben Sie als Vorsteher des Sicherheitsdepartements ergriffen?

Wir hatten in den vergangenen Jahren nur ein Ereignis dieser Art. Die PNOS mietete unter falschem Namen einen Saal zwecks Abhalten ihrer Mitglieder-versammlung. Die Polizei bekam trotz-

dem Wind davon und unternahm eine ausgedehnte Personenkontrolle vor Ort. Diese Kontrolle und die nachfolgende Berichterstattung darüber hatten die gewünschte Wirkung: Es wurde klargemacht, dass solche Treffen in Basel nicht erwünscht sind. Im Gegenzug hatten mein Polizeikader und ich allerdings (erfolglose) Strafanzeigen von Seite der PNOS am Hals.

Im Nachgang zu dem Neonazitreffen im Wallis wurde die Forderung nach einer interkantonalen polizeilichen Eingreiftruppe laut, die innert Stunden an jedem Ort der Schweiz bereitstehen könnte. Sehen Sie dies als möglichen Ansatzpunkt zur Verhinderung von rechtsextremen Anlässen?

Wichtiger und zielbringender (siehe oben) ist es, rechtzeitig die nötigen Informationen über solche Anlässe zu haben. Dann kann auch zeitgerecht reagiert werden. Zu dieser Reaktion sind die kantonalen Polizeikörper selbst befähigt, allenfalls mit freundschaftlicher Hilfe im Rahmen der bestehenden Polizeikonkordate. Eine spezielle Eingreiftruppe ist also sicher nicht notwendig. Manchmal fehlt es mir auch am politischen Willen.

Auch im Rahmen von Sportveranstaltungen sind Rechtsextremismus und das Hooligan-Phänomen ein Thema. Die zunehmende Gewaltbereitschaft und die Gewaltausübung anlässlich von Sportevents nehmen in der Schweiz sowie international zu. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Dies ist kein sportspezifisches Phänomen. In allen Bereichen unserer Gesellschaft sind eine Verrohung der Sitten und ein gewisser Verlust des grundlegenden Anstandes festzustellen, sei es im Verkehr oder allgemein im Umgang miteinander. Sportler und Sportlerinnen haben in dieser Beziehung aber

eine Vorbildfunktion. Ein ausgesprochen schlechtes Vorbild war jüngst in Italien zu sehen, als ein Fussball-Star sich bei der Auswechslung von den Fans mit dem römischen Gruss verabschiedete und dies nachher auch noch in den Medien rechtfertigte.

Der Bundesrat will der Gewaltbereitschaft und der Gewaltausübung im Rahmen von Sportveranstaltungen mit neuen Massnahmen wie der Hooligandatenbank und einem Rayonverbot begegnen. Was halten Sie davon?

Diese Massnahmen sind leider notwendig. In Grossbritannien hat man damit gute Erfahrungen gemacht und das Hooliganproblem weitgehend in den Griff bekommen. Wir dürfen uns – besonders im Hinblick auf die anstehende Euro 08 – nicht vorwerfen lassen, irgendetwas unterlassen zu haben, was für eine sichere Durchführung von Grossveranstaltungen nützlich gewesen wäre.